

# Von den Schwierigkeiten im Umgang mit den eigenen Wählern

Im Folgenden soll die Rede sein von der CDU im Wachauer Gemeinderat und von ihrem Bürgermeister an der Spitze.

Bekanntlich hat es in Wachau in den letzten 2 Jahren 2 Bürgerentscheide gegeben und ein dritter steht bevor. Zu ihnen brachte eine große Mehrheit von Bürgern zum Ausdruck, dass sie mit Entscheidungen und Absichten des Bürgermeisters und der Mehrheit der CDU im Gemeinderat nicht einverstanden sind.

Und wie werden sie durch die Mehrheitsfraktion behandelt? Durch Ignorieren, Aussitzen, Unterlaufen, möglichst als unrechtens hinstellen.

Doch der Reihe nach.

Da wäre als erstes der Bürgerentscheid vom September 2005 zur Wiedereinrichtung einer Kita in Seifersdorf am wirtschaftlichsten Standort. Trotz einer Mehrheit von 62,5 % blieb man über 1,5 Jahre lang bei seiner Meinung. Trotz erklärten Bürgerwillens und eingeplanter Finanzen besteht angeblich kein Bedarf, gibt es angeblich kein Geld, wird ausgesessen. Erst nach Einschaltung der Rechtsaufsichtsbehörde durch die Offene Bürgerliste sah man sich genötigt, etwas für dessen Umsetzung zu tun. Doch man unternimmt alles, um den Inhalt

auszuhöhlen, ja auszuhebeln. Aus einer „Kita am wirtschaftlichsten Standort“ wurde inzwischen eine Mini- Außenstelle in der ehemaligen Schule in Seifersdorf mit max. 18 Plätzen in nur einem einzigen Raum zu der sagenhaften Summe von 165000,- €, also über 9000,- € pro Platz, was Neubaupreisen entspricht. Und das, obwohl die gleiche Planerin noch wenige Wochen zuvor die Kosten für 25–30 Kinder auf annähernd doppelter Fläche auf nur ca. 100000,- € geschätzt hatte.

Beschlusslage laut CDU- Mehrheit ist also eine unattraktive Mini Kita- Außenstelle am teuersten Standort, ein Ergebnis, das man so nicht einfach hinnehmen kann, weil es das Ergebnis dieses Bürgerentscheids ad absurdum führt.

Ein alternatives Projekt zur Wiedereinrichtung einer Kita im Schloss für wesentlich weniger Geld wird aus politischen Gründen ignoriert und gar nicht erst zur Diskussion zugelassen.

Der zweite Bürgerentscheid fand im Dezember 2006 zur geplanten Änderung des Bebauungsplanes zwecks Errichtung eines Ersatzbrennstoffheizkraftwerkes in Leppersdorf statt. Dieses Vorhaben wurde von 66 % aller Wähler abgelehnt. Und obwohl damals auch ein Groß-

teil der CDU- Gemeinderäte für den Bürgerentscheid gestimmt hatte, sieht man sich jetzt nicht mehr an das Ergebnis gebunden, da es rein juristisch eine etwas geänderte Situation gibt. Den logischen Schritt, die Bürger zu dem Vorhaben unter den etwas veränderten Bedingungen wenigstens erneut zu befragen, lehnten diesmal die CDU- Gemeinderäte einstimmig ab. Man beruft sich dabei auf eine Stellungnahme eines Dezernenten aus dem Landratsamt, wonach ein Bürgerentscheid oder Bürgerbegehren zu einem Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht zulässig sei. Der Inhalt dieses Schreibens einschließlich eines zitierten Grundsatzzurteils zu einem völlig anderen Sachverhalt ist juristisch sehr zweifelhaft zu beurteilen. Selbst juristische Laien erkennen unschwer, dass damit nur ein bestimmter Zweck verfolgt wurde, nämlich ein von oben gewünschtes Abstimmungsverhalten zu erzielen.

Die sächsische Gemeindeordnung regelt ganz eindeutig, zu welchen Sachverhalten ein Bürgerentscheid nicht möglich ist. Ein Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplan befindet sich nicht darunter.

Man kann zu dem Vorhaben von Müllermilch stehen wie man will, sollte man die Bürger nach einem solchen eindeutigen Bürgerentscheid gegen diese Anlage nicht noch einmal erneut befragen, verliert man als Gemeinderat vor der Mehrheit der Wähler seine Glaubwürdigkeit.

Außerdem hat man der Firma Müller-Sachsen-GmbH ebenfalls einen Bären dienst erwiesen, da diese jetzt ohne die erforderliche Planungssicherheit den zeit- und kostenaufwendigen Bebauungsplan erarbeiten muss, ohne dass sie weiß, ob dieser anschließend nicht doch wieder über den Weg Bürgerbegehren – Bürgerentscheid gekippt wird.

Damit geht nicht nur Zeit, sondern eventuell auch viel Geld für die Müller-Sachsen-GmbH verloren.

Man hat es eben nicht leicht mit der Basisdemokratie in der CDU, vor allem immer dann, wenn sich die Meinung des Volkes mit der der Partei nicht deckt.